



# NIEDERSACHSEN vorwärts

SEPTEMBER 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

## EDITORIAL



### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

es es gehört ein gehöriges Maß an Dreistigkeit und schwarz-gelber Verzweiflung dazu, dass die Koalition der Untätigen jetzt versucht, die wirtschaftliche Belebung als ihr Werk zu verkaufen. Denn der beginnende Aufschwung hat drei Ursachen: Erstens das weitsichtige Handeln der Tarifpartner in der Krise, zweitens die Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und zur Konjunkturbelebung, welche die SPD mit durchgesetzt hat – Kurzarbeitergeld, kommunales Investitionsprogramm, Abwrackprämie. Drittens die hohe Attraktivität innovativer deutscher Produkte im Ausland, so im Bereich der Erneuerbaren Energien. Dass wir dabei von den gigantischen Konjunkturpaketen profitieren, die von China geschnürt wurden, ist genau so offensichtlich wie der Umstand, dass Schwarz-Gelb keine eigenen Impulse gesetzt hat. Vor allem nicht zur Belebung der Binnenkonjunktur. Aber dieser Aufschwung, sollte er stabil und nachhaltig sein, muss bei den Menschen spürbar ankommen. Deutliche Tarifsteigerungen sind ebenso notwendig, wie Gerechtigkeit bei der Leiharbeit. Das wichtigste: Schwarz-Gelb muss endlich mit der Subventionierung von Dumpinglöhnen Schluss machen. Das »Aufstocken« ist unwürdig, kostet den Staat Milliarden und entlässt die Arbeitgeber unzulässiger Weise aus ihren Pflichten gegenüber den Beschäftigten. Hier anzupacken ist die Aufgabe der Regierung. Sich aufwendig mit fremden Federn zu schmücken, dafür hat diese Regierung nach dem verlorenen Jahr seit der Bundestagswahl wirklich weder Zeit noch Grund.

Euer  


Olaf Lies  
Landesvorsitzender

## NEUE KOMMUNALVERFASSUNG FÜR NIEDERSACHSEN

SPD will Stichwahl und Altersgrenze erhalten und plädiert für eine analoge sechsjährige Wahlperiode von Vertretungen und Hauptverwaltungsbeamten

Von Klaus-Peter Bachmann und Jürgen Krogmann



Mit dem vorgeblichen Ziel, das »Kommunale Ehrenamt zu stärken und zu fördern« hat die Landesregierung das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vorgelegt. Es fasst die Niedersächsische Gemeindeordnung, die Niedersächsische Landkreisordnung, das Gesetz über die Region Hannover und das Göttingen-Gesetz zu einem Gesetz zusammen. Außerdem schlägt die Landesregierung einige Änderungen vor, die für Zündstoff in der kommunalen Szene gesorgt haben: So möchten CDU und FDP die Stichwahl bei Bürgermeistern und Landräten abschaffen. Ein verlockender Gedanke auch für die SPD? Stellen wir nicht in vielen Kommunen die stärkste Fraktion?

### Stichwahl und Altersgrenze haben sich bewährt

Wir als SPD-Landtagsfraktion finden, dass wir eine neue Kommunalverfassung nicht allein nach parteitaktischen Erwägungen gestalten dürfen. Bürgermeister oder Landräte bekleiden herausragende Positionen und benötigen den

größtmöglichen Rückhalt der Bevölkerung. Fällt die Stichwahl, kommen die Verwaltungschefs in ihre Ämter, ohne von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich hierfür bestimmt worden zu sein. Das birgt viel Frustpotenzial auf beiden Seiten. Deshalb muss die Stichwahl als Instrument der demokratischen Legitimation beibehalten werden!

Für Diskussionen in Niedersachsens Rathäusern hat auch ein anderer Vorschlag gesorgt: Die Landesregierung will die Altersgrenze für Hauptverwaltungsbeamte aufheben, weil sie glaubt, dass Kandidaturen dadurch attraktiver würden. Wir sehen das anders. Die bisherige Altersgrenze von 68 Jahren orientiert sich am Beamtenrecht, schafft Klarheit bei allen Beteiligten und hat sich bewährt. Innerhalb der Kommunalen Spitzenverbände ist die Frage der Altersgrenze umstritten - man darf gespannt sein, wie sich die Landtagsmehrheit verhält. Denn auch innerhalb der Fraktionen von CDU und FDP gehen die Meinungen in diesem Punkt weit auseinander.

Fortsetzung auf Seite 2

Niedersachsens Kommunalverfassung braucht neue Perspektiven für Kommunen und Landkreise

Fotos: anweber/shutterstock

Im Niedersachsen-vorwärts:  
»TiL – Themen im Landtag«  
(Mittelteil Seiten 1–4)



**Klaus Peter Bachmann, MdL, Braunschweig, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag**



**Jürgen Krogmann, MdL, Oldenburg, Mitglied im Innenausschuss und in der SPD-Landtagsfraktion zuständig für das Themenfeld Kommunales**

Fortsetzung von Seite 2

## Weitere Änderungen in der Diskussion

Noch nicht im Gesetz, aber offenbar von der FDP betrieben wird eine Änderung des Kommunalwahlrechtes, die wahlbereichsübergreifende Listen ermöglichen soll. Davon würden vor allem kleinere Parteien profitieren, weil diese dann z. B. mit einer bekannten Persönlichkeit in der ganzen Kommune auf Wählerfang gehen können. Eine Verankerung in den Orten oder Stadtteilen ist dann nicht mehr erforderlich. Gute Kommunalpolitik nah am Bürger sieht für uns anders aus. Deshalb werden wir auch diesen Vorschlag, wenn er in den Beratungen noch eingebracht wird, bekämpfen. Ebenfalls noch nicht im Gesetz aber in der Diskussion auf den Fluren in Hannover ist die Frage, ob das Vorschlagsrecht für Dezentralen künftig wieder beim Rat bzw. Kreistag liegen soll. Kommunalpolitiker bei der CDU und auch in unserer Partei liebäugeln mit einer solchen Änderung.

## SPD-Vorschlag: Zusammenarbeit durch analoge Wahlen alle sechs Jahre befördern

Als Kommunalpartei hat die SPD natürlich auch eigene Vorschläge in die Dis-

kussion eingebracht. Unter anderem wollen wir, dass künftig wieder analog zur Wahl des Rates oder Kreistages der Bürgermeister oder Landrat gewählt wird. Als Kompromiss haben wir für beide eine sechsjährige Wahlzeit vorgeschlagen. So haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, zu einem Wahltermin die politische Ausrichtung der Gemeinde für sechs Jahre zu bestimmen.

Zugleich sind »Eingleiser« und Vertretung stärker zur Zusammenarbeit verpflichtet, wenn sie gleichzeitig die Arbeit aufnehmen und sich auch gemeinsam wieder dem Wähler stellen müssen.

## Quorum für Abwahlverfahren von Bürgermeistern überprüfen

Vor dem Hintergrund aktueller Fälle in Weser-Ems (Beispiele Nordenham/Brake/Berne/Oldenburg) sollte auch darüber nachgedacht werden, das Abwahlverfahren für Bürgermeister zu erleichtern. Grundsätzlich sollten Bürgermeister und Rat sich um eine gute Zusammenarbeit bemühen. Wenn aber ein eklatanter Vertrauensbruch vorliegt, dann muss eine Abwahl auch faktisch möglich sein. Analog zur hessischen

Gemeindeordnung könnte man hier das Quorum für die Einleitung der Abwahlverfahren im Rat auf zwei Drittel senken. Hier gibt es aber noch keine Beschlussfassung der Fraktion.

## In Regionalkonferenzen gemeinsam über die Zukunft der Kommunen beraten

Die öffentliche Anhörung zum NKomVG findet am 25. August im Niedersächsischen Landtag statt. In Abstimmung mit dem SPD-Landesverband wollen wir als SPD-Landtagsfraktion das neue Gesetz in Regionalkonferenzen auf Bezirksebene (Brake, 18. September; Hannover, 20. September; Braunschweig, 18. Oktober) mit unseren Kommunalpolitikern diskutieren. Eine Frage bleibt dennoch: Stärkt das neue Kommunalverfassungsgesetz wirklich das kommunalpolitische Ehrenamt? Oder ist vielleicht doch viel wichtiger, was der Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages (NST), Heiger Scholz dazu im Verbandsmagazin des NST schreibt: »Die beste Stärkung des Ehrenamtes wäre nach wie vor eine Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden, die es den Räten wieder ermöglicht, etwas zu gestalten.« ■

# WahlkreisTACKticker

Schulklassen werden zu Politikberatungsunternehmen



**Probeberatung bei Kerstin Tack. Eine 8. Klasse zu Besuch in Berlin** Foto: privat

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack startet im September an hannoverschen Schulen ihres Wahlkreises das Demokratieprojekt »WahlkreisTACKticker«. Das Besondere dieses praxisorientierten Projektes wird sein, dass Schülerinnen und Schüler in die Rolle von Poli-

tikberatern schlüpfen, deren Vorschläge Kerstin Tack später direkt in ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete einfließen lassen wird.

Mitmachen können Schulklassen ab der 8. Jahrgangsstufe, deren Schule im Wahlkreis von Kerstin Tack (42, Hannover-

Nord) liegt. Das Angebot richtet sich ausdrücklich an alle Schulzweige, eingeschlossen Förder- und auch berufsbildende Schulen. Ob Deutsch, Gesellschaftslehre oder Sachunterricht – das Projekt ist in allen Fächern möglich, in denen politische Themen diskutiert werden können. »Als Bundestagsabgeordnete ist es mir ein besonderes Anliegen, junge Menschen parteiübergreifend für Politik zu interessieren«, betont Kerstin Tack. Eine lebendige Demokratie braucht junge, interessierte Demokraten. Sie ist deshalb sehr gespannt auf die Vorschläge ihrer jungen Beraterinnen und Berater und freut sich auf angeregte Diskussionen.

Die Bearbeitung der Themen der »WahlkreisTACKticker« wird eingebunden in den Unterricht, muss aber nicht zwingend im Klassenraum stattfinden. Wer Lust hat, kann auf die Straße gehen und dort eine Umfrage durchführen, einen Filmclip drehen oder eine Foto-Story gestalten. Dabei werden die Klassen von erfahrenen Mitarbeitern des unabhängigen Vereins »Politik zum Anfassen e.V.« unterstützt. Diese werden die Schüler und Lehrer im Unterricht begleiten. ■

# ATOMKRAFT: SCHLUSS JETZT!

Der SPD-Landesvorstand ruft zur Teilnahme an der Großdemo in Berlin mit symbolischer Umzingelung des Reichstagsgebäudes am 18. September auf.

Mitglieder des SPD-Landesvorstandes werden am 18. September symbolisch das Reichstagsgebäude umzingeln und damit ein Zeichen gegen Atomkraft setzen. An diesem Tag findet in Berlin die Großdemonstration unter dem Motto »Atomkraft: Schluss jetzt!« statt. Die SPD wird sich mit Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Niedersachsen in die gemeinsame Aktion von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Parteien einreihen.

Noch im September kommt es möglicherweise zu einer Entscheidung über die Zukunft der Energiepolitik in Deutschland. Es darf nicht sein, dass alles unter SPD-Regierungsverantwortung Erreichte von der schwarz-gelben Koalition zunichtegemacht wird. Gegen die Mehrheit der Menschen in Deutschland darf es nicht zu einer Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke kommen. Der SPD-Landesvorstand ruft deshalb alle Mitglieder dazu auf, sich an der Großdemonstration zu beteiligen.

Mit dabei ist auch der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch, um an die erfolgreiche KETTENreAKTION vom April 2010 anzuknüpfen. ■



**Busse zur Großdemo »Atomkraft: Schluss jetzt!« fahren ab Wolfenbüttel und Hannover. Weitere Transporte sind in der Planung. Interessenten für die Fahrt ab Wolfenbüttel melden sich im SPD-Büro bei Petra Reuß Telefon 05331.46097.**

**Wer von Hannover aus anreisen möchte, nimmt Kontakt zum Büro von Matthias Miersch auf. Telefon 0511.1674 302, oder per E-Mail [matthias.miersch@wkz.bundestag.de](mailto:matthias.miersch@wkz.bundestag.de).**

**FACHTAGUNG IN HANNOVER  
AM 17. SEPTEMBER 2010**

## WENDE IN DER ATOMPOLITIK

Zu einer gemeinsamen Fachtagung »Wende in der Atompolitik – soziale und ökologische Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien« laden Hans-Böckler Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Stiftung Leben und Umwelt, Greenpeace und BUND am 17. September 2010 nach Hannover ein. Mit der Tagung soll ein Bundespolitisches Zeichen für eine nachhaltige Energiepolitik gesetzt werden. In verschiedenen Foren sollen die ökologischen, sozialen und gewerkschaftlichen Rahmenbedingungen einer Energieversorgung mit erneuerbaren und alternativen Energien diskutiert werden.

An der Podiumsdiskussion »Brücken in die Zukunft bauen« werden teilnehmen **Hartmut Meine** (IG Metall), **Siegfried Sauer** (ver.di), **Rebecca Harms** (MdB, Bündnis90/Die Grünen) und **Matthias Miersch** (MdB, SPD) sowie Vertreterinnen und Vertreter der Anti-Atombewegung, der Kirchen und der Bundesregierung.

**Die Fachtagung findet im  
Hannover Congress Centrum  
in Hannover  
am 17. September 2010  
von 10.00 bis 18.00 Uhr statt.**

**Genauere Informationen und Anmeldung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung unter [wende-atompolitik@fes.de](mailto:wende-atompolitik@fes.de)**

**Weiter geht's. Die  
KETTENreAKTION vom  
10. April findet ihre  
Fortsetzung in Berlin am  
18. September Foto: privat**

## KOMMUNALKONGRESS 2.0 AM 30. OKTOBER 2010 IN HANNOVER

Über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben bei der ersten Auflage des Kommunalkongresses der SPD in Niedersachsen im November 2009 über ihre Vorstellungen einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik für Niedersachsen diskutiert. In seiner Rede als Parteivorsitzender hat Sigmar Gabriel damals Städte und Gemeinden als »den wichtigsten Ort gesellschaftlicher Integration« bezeichnet, den es zu stärken gilt und dem sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit besonderer Aufmerksamkeit zuwenden müssten. Der SPD-Landesverband lädt deshalb auch in diesem Jahr wieder zu einem Kommunalkongress ein. Am 30. Oktober 2010 wollen wir mit ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2011 und allen Interessierten an den erfolgreichen Kon-

gress des Vorjahres anknüpfen. Wir freuen uns sehr, dass mit unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und dem thüringischen Wirtschaftsminister Matthias Machnig bereits zwei prominente Sozialdemokraten ihre Teilnahme zugesagt haben. In vier Themenforen zu den Bereichen Finanz- und Wirtschaftspolitik, »Mehr Demokratie wagen«, Energie/Verkehr/Umwelt sowie Bildung/Familie/Kultur werden ausgewiesene Fachreferentinnen und -referenten gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kommunalkongresses ihre Ideen, Anregungen und Wünsche einbringen. Mit dem Kommunalkongress 2.0 will die SPD in Niedersachsen einen weiteren Schritt zu erfolgreichen Wahlen am 11. September 2011 in ganz Niedersachsen machen. Die Einladungen mit dem genauen Ablaufplan werden wir euch im September 2010 zusenden. ■

# AKTION »BEITRAGSSOLIDARITÄT«

Kampagnenfähigkeit der SPD stand im Mittelpunkt der Vorstandsklausur des SPD-Bezirks Braunschweig



**Entschieden für eine moderate Beitragserhöhung: Der Vorstand des SPD-Bezirks Braunschweig**

Foto: SPD-Bezirk Braunschweig

Während seiner obligatorischen Sommerklausur befasste sich der Vorstand des SPD Bezirks Braunschweig mit der aktuellen politischen Lage im Bund und im Land, mit der Aktion Beitragssolidarität und mit den Kommunalwahlen 2011. Als bundespolitisches Thema wurde die aktuelle stattfindende Debatte über die Rente mit 67 auch bei der Klausur intensiv diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass die Debatte auf der Grundlage der Dresdener Beschlüsse jetzt geführt werden muss, damit beim Sonderparteitag am 26. September ein Antrag beschlossen werden kann, der in der SPD zu mehr Akzeptanz führt und dazu beiträgt, die Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zielgerichteter zu führen.

Mit seinem Beschluss zur Aktion Beitragssolidarität schließt sich der SPD Bezirk Braunschweig den anderen Bezirken in Niedersachsen an und leitet damit eine moderate Beitragserhöhung für alle SPD Mitglieder ein. Damit reagiert der Bezirk auf die zurückgegangene Mitgliederzahl und auf den zu geringen Beitragsdurch-

schnitt. Mit den zusätzlichen Mitteln aus der Beitragserhöhung sollen die Ortsvereine, die Unterbezirke und der Bezirk gestärkt werden. Nur so wird es möglich sein, die bevorstehenden Wahlen und die Kampagnenfähigkeit der SPD zu erhalten. Der Beschluss des Bezirksvorstandes war einstimmig und soll am 21. September auf einer Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden und der Kassierer erläutert und diskutiert werden.

Abschließend befasste sich der Vorstand mit den Kommunalwahlen. Es wurden zahlreiche politische, organisa-

torische und formale Fragen erörtert und über die Bereiche der Mitgliederentwicklung und Qualifizierung diskutiert. Besonders wichtig war dem Bezirksvorstand auch, dass mehr als bisher Kandidaturen von Frauen in allen Altersgruppen gefördert werden sollen. So unterstützt der Vorstand mit Nachdruck einen Beschluss der ASF, durch gezielte Aktionen Frauen zu motivieren, bei den Wahlen zu kandidieren. Bei der Konferenz am 21. September steht das Thema Vorbereitung auf die Kommunalwahlen erneut auf der Tagesordnung. ■ *K.-H. Mühe*

## WISSENSCHAFT FÜR DIE REGION

### 1. Regionales Wirtschaftsgespräch des SPD-Landesverbandes in Stade

Zum Thema »Was kann die Wissenschaft für die Region leisten?« fand das 1. Regionale Wirtschaftsgespräch der Landes-SPD am 10. August 2010 in Stade statt. Vor über 70 Teilnehmern sagte SPD-Landesvorsitzender Olaf Lies, Niedersachsen könnte wirtschaftlich besser dastehen, wenn die Kräfte in den Regionen besser genutzt und vom Land gefördert würden. Die Hochschulen müssten als Impulsgeber für die Region stärker gefordert werden; die Idee einer »Kommunikationsplattform« für die regionale Wirtschaftsentwicklung wie in Stade könne Beispiel für andere sein. Als Rednerin hatte das Forum die Präsidentin der Fachhochschule Emden/Leer Prof. Dr. Dorothea Hegele und als weitere Diskussionspartner den Präsidenten der Privaten Fachhochschule Göttingen-Stade Prof. Dr. Bernt Sierke und den Hauptgeschäftsführer der IHK Stade und Aufsichtsratsvorsitzender der Hochschule 21 in Buxtehude Jörg Orlemann eingeladen. Gastgeber war Stades Bürgermeister Andreas Rieckhof, die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Daniela Behrens leitete als fachkundige Moderatorin die muntere Debatte in Stade.

Professorin Hegele forderte mehr Nachhaltigkeit und Weitblick. So setze die Fachhochschule in Emden und Leer auf die Zukunft der maritimen Wirtschaft, obwohl die Werft in Emden geschlossen wurde. Prof. Dr. Bernt Sierke betonte, dass in Stade ein erfolgreicher Verbund zwischen der privaten Fachhochschule und dem dortigen »FCK-Valley« entstanden sei. IHK-Hauptgeschäftsführer Jörg Orlemann bestätigte, dass die Private Fachhochschule Göttingen in Stade deshalb Fuß gefasst habe, weil ihr Angebot auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft abgestimmt sei. Insbesondere die ländliche Region brauche Wissenschaftseinrichtungen, die auf die regionalen Spezifika zugeschnitten seien und keine Allerwelthochschulen. Für Olaf Lies ist Wissenschaftspolitik auch Regionalpolitik. Deshalb unterstützte er in Stade die Ansicht des dortigen Bürgermeisters Andreas Rieckhof, dass die Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik in Niedersachsen stärker verzahnt werden müsse: »Unsere Hochschulen sind voll mit kreativen Köpfen. Die Politik muss helfen, dass ihre Ideen in den Standorten zu erfolgreichen Produkten umgesetzt werden können.« ■ *hrs*

## ZUR AKTION »BEITRAGSSOLIDARITÄT«

Für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gab es Post in den vergangenen Tagen – die Kampagne Beitragssolidarität ist in vollem Gange. Mit viel Engagement werben alle vier Bezirke in Niedersachsen für die Aktion, die Beitragseinnahmen – und somit die Gestaltungsspielräume – für die Partei bei der Kommunalwahl zu erhöhen. »Wir freuen uns, dass sich die SPD in Niedersachsen sehr entschlossen auf die kommenden Aufgaben konzentriert. Dies gilt insbesondere für die inhaltliche, personelle und organisatorische Vorbereitung der Kommunalwahlen!« so Landesgeschäftsführer Michael Rüter.

Durch die Kampagne Beitragssolidarität, werden insbesondere die Handlungsspielräume der Ortsvereine stabilisiert. Aktive Ortsvereine und eine gute kommunale Verankerung sind das Rückgrat der SPD, so Michael Rüter, und weiter: »Die Kampagne Beitragssolidarität ist ein wichtiges Element, um dieses Rückgrat noch stärker zu machen!«

# ROT-GRÜN: GEMEINSAM FÜR DEN WECHSEL IN LINGEN

Am 12. September 2010 wird in Lingen an der Ems ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Der parteilose OB-Kandidat Dieter Krone, der von SPD und Bündnis90/Die Grünen im Wahlkampf unterstützt wird, hat gute Chancen, in der CDU-Hochburg zu siegen. Der Niedersachsen-vorwärts sprach mit Dieter Krone.

**Vorwärts: Obwohl Lingen als CDU-Hochburg gilt, haben Sie gute Chancen als Kandidat von SPD und Grünen Verwaltungschef zu werden. Woher kommt der große Rückhalt in der Bevölkerung?**

**Dieter Krone:** Zunächst einmal werde ich zwar bei meiner Kandidatur von der SPD und den Grünen unterstützt, ich selbst gehöre aber keiner Partei an. Ich trete also als überparteilicher Kandidat an, was bei vielen Menschen auf große Zustimmung stößt. Viele wünschen sich einen Oberbürgermeister, der sich nicht in seinen Entscheidungen an den Vorgaben einer Partei orientieren muss, sondern jemanden, der allein am Wohl der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger interessiert ist. Außerdem setze ich auf ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung. Die Lingerinnen und Linger sollen in Zukunft in für die Stadt wichtige Entscheidungen aktiv einbezogen werden. Und schließlich ist sicherlich nicht zu verleugnen, dass sich nach vielen Jahrzehnten CDU-Vorherrschaft die Menschen einen Wechsel verbunden mit einem neuen Politikstil und anderen inhaltlichen Schwerpunkten wünschen.

**Vorwärts: Sie sehen große wirtschaftliche Potenziale für Lingen im »sanften Tourismus«. Was bedeutet das konkret?**

**Dieter Krone:** Gerade das südliche Emsland und besonders die nähere Umgebung von Lingen zeichnen sich durch eine enorme naturräumliche Vielfalt aus. Neben großen Waldflächen gibt es Heidelandschaften, Seen und die Emslandschaft. Die Naturnähe trägt erheblich zur Lebensqualität der hiesigen Bevölkerung bei. Gleichzeitig zieht sie besonders Touristen aus dem Ruhrgebiet

und dem Rheinland an, die hier ein Wochenende oder ihren ganzen Urlaub verbringen, um sich in der Natur zu erholen. In der Vergangenheit wurden besonders der Radtourismus, aber auch Urlaubsangebote auf Bauernhöfen gefördert. Hieran möchte ich anknüpfen und in Zusammenarbeit mit den Inhabern von Pensionen, Hotels und Ferienwohnungen die Qualität der Unterkünfte noch weiter verbessern. Gleichzeitig sollen die bisherigen Angebote so ausgebaut werden, dass sie im Einklang mit der Natur stehen. Tourismus stellt somit im Emsland im Einklang mit der Natur ein großes wirtschaftliches Potenzial dar.

**Vorwärts: Viele niedersächsische Kommunen ächzen unter einer hohen Verschuldung. Wie ist die Lage in Lingen und wie kommt man aus der »Schuldenfalle«?**

**Dieter Krone:** Auch Lingen wird sich an eine vollkommen neue Finanzsituation gewöhnen müssen. Wir haben einen Ausfall bei der Gewerbesteuer von rund 16 Millionen Euro bedingt durch die Verlegung eines Firmensitzes. Mit anderen Worten: auch wir müssen sparen. Auf den Prüfstand müssen alle Projekte. Ausnahme: der Sozialbereich und die Bildung. Hier zu sparen, wäre mit Blick auf die Zukunft geradezu sträflich, denn wir werden in den kommenden Jahren angesichts des jetzt schon akuten Fachkräftemangels gut ausgebildete junge Leute brauchen, um unser wirtschaftliches Niveau zu halten. Insofern ist Lingen trotz des finanziellen Einbruchs immer noch in einer komfortablen Situation, denn wir brauchen nicht wie andere Kommunen bei unseren größten Potenzialen zu sparen. ■ SchumS



Foto: SPD-Ortsverein Lingen

## KURZ VORGESTELLT: DIETER KRONE

- 1963 in Freren geboren, aufgewachsen mit 6 Geschwistern im emsländischen Beesten; 1982 Abitur am Gymnasium Leoninum in Handrup;
  - 1982–1983 Grundwehrdienst in Rheine und Lingen
  - 1983–1988 Studium der Fächer Musik und Geographie für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Osnabrück
  - 1989–1991 Referendariat am Studienseminar in Lüneburg
  - seit 1991 Studienrat am Franziskus-Gymnasium mit den Fächern Musik und Geographie, wohnhaft in Lingen/Laxten
  - 1997 Ernennung zum Oberstudienrat
- Dieter Krone ist verheiratet und hat zwei Töchter im Alter von 8 und 12 Jahren. Bereits im Studium hat er sich schwerpunktmäßig mit der Wirtschaftsgeographie und dem Komplex Raumordnung/Raumplanung beschäftigt. Sein großes Hobby ist die Musik: Neben den vielfältigen musikalischen Aktivitäten mit Chören und der Big Band des Franziskusgymnasiums ist Dieter Krone seit mehreren Jahren der Leiter der Chorwerkstatt Lingen e.V.

## HAUPTAMTLICHENKONFERENZ 2010



Die Kommunalwahl rückt näher: Im September 2011 werden in Niedersachsen die Räte und Kreistage neu gewählt, in 70 Kommunen stehen die Bürgermeister, Oberbürgermeister oder Landräte zur Wahl. Die Vorbereitung dieser wichtigen Etappe auch zur Landtagswahl 2012/2013 stand im Mittelpunkt der Hauptamtlichenkonferenz am 16. August in Hannover, zu der über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ganz Niedersachsen angereist waren. Landesgeschäftsführer Michael Rüter (Foto) erläuterte den Fahrplan der Niedersachsen-SPD zur Kommunalwahl und stellte das Angebot der Landespartei an die örtlichen SPD-Gliederungen und Kandidaten vor. Zuvor hatten der SPD-Landesvorsitzende Olaf Lies und der Vorsitzende der Landtagsfraktion Stefan Schostok eindringlich für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen geworben und den Griff der Landesregierung in den kommunalen Finanzausgleich kritisiert.

# PFLEGEGERUFE HABEN ZUKUNFT

Die drei AWO-Bezirksverbände in Niedersachsen wollen den Wettbewerb um die besten Fachkräfte mit attraktiven Angeboten gewinnen.

Von Hanna Naber

Die demografische Entwicklung stellt die Pflege vor eine große Herausforderung – nicht nur die Krankenhausversorgung sondern auch die stationäre und ambulante Altenpflege sowie die Behindertenhilfe. In allen diesen Sektoren der Pflege heißt es inzwischen: Immer mehr zu versorgende und zu betreuende Menschen, immer weniger Pflegekräfte.

Viel zu wenige Menschen wollen in diesem Bereich arbeiten. Der Pflegeberuf hat ein schlechtes Image und die Arbeitsbedingungen lassen sich durch den Kostendruck im Gesundheitswesen kaum verbessern – sie verschlechtern sich derzeit eher noch.

Im Bereich Pflege wird derzeit von einer jährlichen Steigerung des Fachkräftebedarfs um drei Prozent ausgegangen. 2020 werden 3,5 von 100 Menschen für die Pflege und Betreuung Pflegebedürftiger benötigt. 2050 wird dieser Anteil bereits bei 9,4 Prozent liegen. Gleichzeitig hat sich bereits in den vergangenen Jahren bei den Ausbildungsplätzen das Verhältnis von Bewerbern zu freien Plätzen gravierend verschlechtert.

Die drei Bezirksverbände der AWO in Niedersachsen und ihre Tochtergesellschaften sind große Anbieter von Wohn- und Pflegeheimen und von ambulanten Dienstleistungen. »Wir stellen uns aktiv den Fragen der Personalgewinnung, der Personalbindung und der Personalqualifizierung«, sagt Rifat Fersahoglu-Weber, Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Braunschweig. »Unser Ziel ist es, unsere hohe Dienstleistungsqualität nicht nur zu halten, sondern kontinuierlich zu verbessern. Daher haben wir uns vorgenommen, den jetzt schon sichtbaren Wettbewerb um die besten Fachkräfte zu gewinnen«, so Jochen Flitta, Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Hannover.

Voraussetzung dafür seien beispielsweise attraktive und verbindliche tarifliche Strukturen. Die AWO als ein der Tradition der Arbeiterbewegung verpflichteter Wohlfahrtsverband und zugleich moderner sozialer Dienstleister wehrt sich – trotz sehr schlechter Rahmenbedingungen für die Pflege in Niedersachsen – gegen Tariffucht. Flächendeckend arbeiten die niedersächsischen AWO-Anbieter mit Tarifverträgen, die beispielsweise verbindliche Regelungen für eine zusätzliche Altersversorgung, für die Zahlung von Zulagen für Dienste zu

ungünstigen Zeiten und für eine im Vergleich zu vielen anderen Anbietern gute Bezahlung vorsehen.

Um die besten Fachkräfte zu gewinnen, kümmere sich die AWO intensiv um die Ausbildung und Weiterqualifizierung ihrer Pflegemitarbeiter. »Wir werden aktiv bei den Diskussionen um die Fortentwicklung des Pflegeberufes mitmischen!«, kündigt der AWO Bezirksgeschäftsführer aus Weser-Ems, Thomas Elsner, an.

Die Arbeitsplätze bei der AWO sollen sich in ihrer Attraktivität deutlich von denen anderer Wettbewerber unterscheiden. Deshalb haben sich die Unternehmen der AWO sehr frühzeitig um die Themen »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« und »gesundheitsbewusste Personalpolitik« gekümmert.

So sind alle drei niedersächsischen AWO Bezirksverbände von der berufundfamilie gGmbH als familienbewusste Betriebe zertifiziert worden. Daran sind zahlreiche Maßnahmen geknüpft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinfachen sollen. Hierzu gehören beispielsweise der »Elternservice AWO« und der »Seniorenservice AWO«, die den AWO-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder oder ihrer pflegebedürftigen Angehörigen anbieten.

»Der Pflegeberuf bietet hervorragende Zukunftschancen und ausgezeichnete Entwicklungsmöglichkeiten«, sind sich die AWO Geschäftsführer einig. »Auf qualifizierte Fachkräfte warten attraktive Tätigkeitsfelder im Pflegemanagementbereich!« ■

» Auf qualifizierte Fachkräfte warten bei der AWO attraktive Tätigkeitsfelder im Pflegemanagementbereich!«

ANZEIGE

## Mitten im Leben

### Attraktive Perspektiven für Pflegefachkräfte!



### Arbeiten in stabilen Teams - Wir freuen uns auf Sie!



#### Bezirksverband Braunschweig e. V.

Peterskamp 21 | 38108 Braunschweig  
Tel. 05 31 / 39 08 - 0 | Fax 05 31 / 39 08 - 108  
www.awo-bs.de | karriere@awo-bs.de

#### Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Klingenbergstraße 73 | 26133 Oldenburg  
Tel. 04 41 / 48 01 - 0 | Fax 04 41 / 48 01 - 103  
www.awo-ol.de | info@awo-ol.de

#### Bezirksverband Hannover e. V.

Körtingsdorfer Weg 8 | 30455 Hannover  
Tel. 05 11 / 49 52 - 0 | Fax 05 11 / 49 52 - 200  
www.awo-bv-hannover.de | info@bv-hannover.awo.de

#### Impressum

**Herausgeber:**  
SPD Niedersachsen  
**Verantwortlich:** Michael Rüter  
**Redaktion:** Lothar Pollähne,  
Sebastian Schumacher  
**Anschrift:** Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover  
**E-Mail:** lopovorwaerts@gmx.de  
**Layout & Satz:** Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de

## RAINER FOLTA 1950 – 2010



Völlig überraschend ist Rainer Folta 59jährig Ende Juli in Hannover gestorben. Als Bezirksbürgermeister des Hannoverschen Stadtbezirks Mitte war er bekannt wie »ein bunter Hund«, weil er im Stadtbezirk präsent und immer ansprechbar war. 1994 war Rainer Folta zum ersten Mal in den Bezirksrat gewählt worden und hatte sich dort mit besonderer Hingabe um sozial- und umweltpolitische Themen gekümmert. Als langjähriges Vorstandsmitglied des Vereins

Ökostadt hat Rainer Folta viele Menschen bewegen können, aus Verantwortung für die Umwelt auf ein eigenes Automobil zu verzichten und am Carsharing teilzunehmen.

Seine Offenheit und sein freundliches Wesen waren dabei überzeugend. Rainer Folta war auf den Straßen und Plätzen »seines« Stadtbezirks präsent als Bürgermeister, der sich Zeit nimmt und zuhört. Wenn er sich nach reiflichem Überlegen zu einem Thema seine Meinung gebildet hatte, vertrat er diese nach einem Grundsatz des Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker. »In Wahrheit nützt mir nichts, was mir allein nützt, sondern was dem Mitmenschen, der Gemeinschaft, der Gesellschaft nützt«. Rainer Foltas Courage wird vielen ein Beispiel bleiben. ■

## ELISABETH HESSE 1912 – 2010



Sie war die »große alte Dame« der Wolfsburger SPD und der Autostadt: Elisabeth Hesse, die am 26 Juli im Alter von 98 Jahren gestorben ist. Geboren in Berlin als Tochter eines Pastoren-Paares, schlägt sie schon früh ungewöhnliche Wege ein und lernt und studiert Landwirtschaft, was den Eltern nicht genehm ist. Elisabeth Hesses Eltern fliehen vor den Nazis in die Schweiz. Nach dem 2. Weltkrieg kommt Elisabeth Hesse nach Wolfsburg,

wo sie als Landwirtschafts- und Berufsschullehrerin arbeitet. Geprägt von der sozialen und friedensbewegten Orientierung des Elternhauses tritt Elisabeth Hesse Anfang 1954 in die SPD ein, für die sie von 1956 an 12 Jahre lang im Rat der Stadt sitzt. Diese Zeit ist prägend für Wolfsburg, denn mit Elisabeth Hesses Namen sind der Bau des Stadttheaters und des Kulturhauses verbunden. Ihre Kontakte zu Hans Scharoun und Alvar Aalto bescherten Wolfsburg diese architektonischen Solitäre. Auch die Stiftung des Kunstpreises der Stadt Wolfsburg geht auf ihr Engagement zurück. Die Bundesrepublik Deutschland hat Elisabeth Hesses Engagement mit dem großen Verdienstkreuz geehrt. Die SPD verneigt sich vor einer großen Frau und dankt. ■

VORWÄRTS  
RÄTSEL

»Die Kugel, die mich treffen soll, ist schon gegossen«, erklärt er seiner Tochter, nachdem er ein Attentat am 26. Januar 1920 leicht verletzt überlebt hat. Er ist Finanzminister des Deutschen Reiches und die Hassfigur deutsch-völkischer Extremisten schlechthin, war er doch am 11. November 1918 der Erstunterzeichner des Waffenstillstands in Compiègne. Als Befürworter des Versailler Vertrages gilt er der Rechten als »Erfüllungspolitiker«, der zu eliminieren ist. Das geschieht am 26. August 1921 in Bad Griesbach im Schwarzwald. Aus einfachen Verhältnissen stammend absolviert er 1894 im Alter von 19 Jahren seine Prüfung zum Volksschullehrer. Zwei Jahre später ist er Redakteur des katholischen Deutschen Volksblatts und engagiert sich in Arbeitervereinen. 1903 wird er für das Zentrum in den Reichstag gewählt, wo er als Antikolonialist gegen Reichsgrößenwahn steht. Schon in seiner ersten Parlamentsperiode erwirbt er sich Meriten als Finanzexperte. Als er am 21. Juni 1919 zum Finanzminister ernannt wird, stellt er Deutschland steuerpolitisch auf den Kopf. In seine Amtszeit fällt die einzige wirklich groß zu nennende Steuerreform. Sie beinhaltet eine Erbschaftssteuer mit starker Belastung höherer Einkommen, beendet die Abhängigkeit des Staates von den Kleinstaaten und führt den bis heute gültigen direkten Lohnsteuerabzug ein. Diese zentralistische und um sozialen Ausgleich bemühte Steuergesetzgebung trägt ihm weitere Hassattacken ein, auch aus eigenen Reihen. Wer wars. Zu gewinnen gibt es seine Kriegserinnerungen. ■ *lopo*  
Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover  
Im Juli/August-vorwärts war Ferdinand Freiligrat gesucht. Gewonnen hat Dieter Fröhlich aus Moormerland.

# »DIE FDP LÄSST EINMAL MEHR IHRE UNSOLIDARISCHE GESINNUNG ERKENNEN«

Der »Humanistische Verband Niedersachsen« HVN ist die Interessenvertretung religionsfreier Menschen in Niedersachsen. Bereits seit den 1950er Jahren ist der Verband als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt und seit 1970 durch den Staatsvertrag mit dem Land Niedersachsen den Kirchen gleichgestellt. Dennoch wird Mitgliedern des Humanistischen Verbandes manchmal mit Skepsis entgegengetreten, auch innerhalb der SPD. Und das, obwohl sich viele Genossinnen und Genossen dort engagieren. Der Vorwärts sprach mit Sigrid Leuschner, MdL und Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes Hannover, und mit Jürgen Steinecke, dem hauptamtlichen Landesgeschäftsführer des HVN.

**Vorwärts:** Manche Leser dürften sich fragen, wieso im Vorwärts ein Interview mit Vertretern des HVN zu finden ist. Welche Antwort würdet ihr darauf geben?

**Steinecke:** Die Geschichte des HVN ist eng mit der Arbeiterbewegung verknüpft. Vie-



Sigrid Leuschner

Foto: Ronald Becher

le Mitglieder des »Freidenkerverbandes« und der »Freireligiösen Gemeinde Hannover« – also unserer Vorläuferorganisationen von 1909 bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten 1934 – waren gleichzeitig Aktive in der AWO und in der SPD. Diese Entwicklung geht zurück bis in die Zeit des Vormärz, als sich viele Freidenker nicht mehr in das enge Glaubenskorsett der katholischen und der protestantischen Kirche zwängen lassen wollten. Insofern hat der Humanismus auch durch sein starkes Eintreten für die Trennung von Staat und Kirche eine zutiefst politische Tradition. Hier in Niedersachsen haben sich die Sozialdemokraten Egon Franke und Kurt Partzsch sehr stark für den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts eingesetzt.

**Vorwärts:** Das organisierte Freidenkertum galt lange Zeit als Kampfansage an

die Kirchen. Wie ist das Verhältnis zu den Kirchen heute?

**Leuschner:** In der Vergangenheit haben sich die Humanisten durchaus über die Ablehnung eines zu großen Einflusses der Kirchen auf das Leben der Menschen und ihrer Individualität definiert. Des-



Jürgen Steinecke

halb wurden sie von den Kirchen abgelehnt. Das ist heute nicht mehr der Fall. Das Verhältnis zur evangelischen und katholischen Kirche, aber auch zu den jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, den Muslimen und anderen Religionsgemeinschaften, ist von Toleranz geprägt. Diesen Wert leben wir und fordern ihn im Gegenzug auch für uns ein. Das bedeutet im Kern, Respekt auch vor denjenigen zu haben, die kein Gottesbild in sich tragen und keiner Religionsgemeinschaft angehören.

**Vorwärts:** Das Verhältnis zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften ist entspannt – wofür setzt sich der HVN in der Gegenwart ein, was sind Eure Angebote?

**Steinecke:** Ein wesentlicher Teil unserer Angebote umfasst die so genannten Lebensfeiern: Namensfeier, Jugendfei-

ern, Humanistische Trauungen und weltliche Trauerfeiern. Viele Menschen haben das Bedürfnis nach der feierlichen Begehung zentraler familiärer Ereignisse ohne feste religiöse Rituale. Wir geben hierfür Anregungen und machen Vorschläge, die endgültige Ausgestaltung eines Festes liegt aber in den Händen der Familien. Das Recht auf Unterstützung religionsfreier Mitmenschen, das auch im Staatsvertrag mit dem Land von 1970 festgeschrieben ist, drückt sich in diesen Angeboten praktisch aus.

**Vorwärts:** „Jugendfeier“ klingt sehr nach der „Jugendweihe“ aus der DDR.

**Leuschner:** Das DDR-Ritual hatte nie etwas mit den Jugendfeiern des HVN zu tun. Der staatspolitische Missbrauch der Jugendweihe durch die DDR widersprach völlig der Intention und dem Charakter der traditionellen Jugendweihe. Da es dennoch immer wieder zu Gleichsetzungen kam und der Begriff vorbelastet war, haben wir bereits 1988 für uns den Begriff Jugendfeier festgeschrieben. Im kommenden Jahr feiern wir übrigens den 125. Jahrestag der ersten Jugendfeier in Hannover.

**Vorwärts:** Innerhalb der Landesregierung gibt es Bestrebungen, den Kirchen die Zuschüsse zusammenzustreichen.

**Steinecke:** Mit der erneuten Diskussion über die Streichung staatlicher Zuwendungen für die Kirchen lässt die FDP einmal mehr ihre unsolidarische Gesinnung erkennen. Neben den großen Kirchen erhalten in Niedersachsen auch andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wie z.B. die jüdischen Gemeinden oder der Humanistische Verband staatliche Unterstützungen für ihre Arbeit. Nur durch diese Unterstützung ist gewährleistet, dass die vielen tausend Ehrenamtlichen, die sich in ihrer Freizeit sozial engagieren, professionell begleitet werden können. Durch die Kürzung von Zuschüssen in diesem Bereich nimmt man bewusst die Zerstörung eines gut funktionierenden sozialen Netzwerkes, das unsere Gesellschaft wie Kitt zusammenhält, in Kauf. ■

Das Interview führte Sebastian Schumacher.

In der Oktober-Ausgabe setzt der Vorwärts seine Gesprächsreihe mit Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften in Niedersachsen fort.